

Ein Jahr nach Tschernobyl...

Bedurfte es erst der Havarie von Tschernobyl, um die Warnung Friedrich Engels' wieder in Erinnerung zu rufen: daß sich die Natur für jeden vermeintlichen menschlichen Sieg über sie an uns rächt? Sicherlich nicht, auch vorher hatte es immer wieder Unglücksfälle und Katastrophen gegeben, die das Ausmaß der ökologischen Krise gleichermaßen drastisch und dramatisch vor Augen führten. Und doch stellt

Michail Gorbatschow vor den Teilnehmern am Internationalen Forum in Moskau am 16. Februar dieses Jahres:

»Unser großer Gelehrter Wladimir Iwanowitsch Wernadski warnte bereits im Jahr 1922 (man bedenke - vor 65 Jahren!): »Nicht mehr fern ist die Zeit, da der Mensch die Atomenergie in seine Hände bekommen wird, eine Kraftquelle, die es ihm ermöglichen wird, ein neues Leben nach seinem Wunsch aufzubauen... Wird der Mensch es verstehen, diese Kraft zu nutzen, sie für Gutes, nicht aber für die Selbstvernichtung zu verwenden? Hat er die gehörige Höhe erreicht, um jene Kraft zu nutzen, die ihm die Wissenschaft unausbleiblich geben muß? Die Wissenschaftler dürfen die Augen nicht vor eventuellen Folgen ihrer Forschungsarbeit, des wissenschaftlichen Fortschritts verschließen. Sie müssen sich für die Folgen ihrer Entdeckungen verantwortlich fühlen. Sie müssen ihre Arbeit mit einer besseren Organisation der gesamten Menschheit verknüpfen.«

In der **Bundesrepublik** ist nach Tschernobyl die **Kluft** zwischen Atommafia, Atomlobby und Bonner Rechtsregierung auf der einen und denen, die für eine demokratisch kontrollierte und alternative Energiepolitik eintreten, auf der anderen Seite noch tiefer und unüberbrückbarer geworden. In Münsters Rathaus glaubten CDU und FDP, in gewohnter Weise zur Tagesordnung übergehen zu können - als hätte es nach Tschernobyl keinen Störfall im THTR in Hamm Uentrop gegeben; als hätte es kein Abrücken der SPD-Landesregierung vom Brüterkonzept gegeben; als wäre noch nicht bis zu ihnen durchgedrungen, daß der Bau des geplanten Brennelementezwischenlager in Ahaus vorläufig gestoppt ist. »Augen zu« beschloß die Ratsmehrheit vor einigen Monaten:

- Gewerbeflächen in der Nachbarschaft von Münster sollen auch als Standorte für Kernkraftwerke zur Verfügung gestellt werden.
- Ihre Umwandlung in Standorte ausschließlich für »konventionelle« Kraftwerke sei nicht vertretbar.
- Als mögliche Standorte für Kernkraftwerke kommen die Flächen »Greven-Ost« und »Drensteinfurt« in Frage.

Wer so sät, wird Widerstand ernten. Die Aufhebung dieses Ratsbeschlusses wird ein Prüfstein für die Kommunalwahlen 1989 sein.

Es bleibt dabei: AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE...

Die Ausstiegsforderung aus der Kernenergieerzeugung steht heute im Zentrum der energie- und technologiepolitischen Debatte. Als Marxisten sind wir dabei, unsere Position neu zu durchdenken, zu präzisieren und zur Diskussion zu stellen:

Tschernobyl einen **Einschnitt** dar; der Preis, der dafür gezahlt werden muß, daß die internationalen Beziehungen und das Verhalten der Staaten und Regierungen nicht mit den Realitäten und Erfordernissen des Nuklearzeitalters übereinstimmen, ist seitdem bekannt, keiner kann sich mehr auf den Standpunkt des Unwissenden zurückziehen.

Früher strebte das menschliche Denken überstürzt danach, sich die Naturkräfte unterzuordnen. Heute kann das Eindringen in die Natur, ohne daß man alle Folgen im voraus berechnet, sie zu einem Todfeind der Menschheit machen. Die Havarie von Tschernobyl erinnerte uns daran durch eine Tragödie von relativ lokalem Ausmaß. Das nukleare Wettrüsten reißt uns unerbittlich in eine globale Tragödie hinein.

Jahrhundertlang suchten die Menschen nach Wegen zur Unsterblichkeit. Man kann sich schwer damit abfinden, daß jeder von uns sterblich ist. Es ist aber unmöglich, sich mit der Endlichkeit der gesamten Menschheit, des menschlichen Verstandes abzufinden.

Leider haben sich viele Vertreter unserer Generation an nukleare Waffen gewöhnt.«

1. Beim gegenwärtigen Stand der Nutzung der Kernspaltung zur Energieerzeugung gibt es mehr ungelöste als gelöste Probleme. Wer die hinlänglich bekannten Risiken anerkennt, kann sich nicht damit begnügen, verschärfte Sicherheitsbestimmungen zu fordern. Allein durch technische Mittel und das Vertrauen auf ihre ständige Verbesserung sind Kernkraftwerkstechnologien letztlich nicht gesellschaftlich beherrschbar. **Der Ausstieg** ist angesichts der Größe des prinzipiell technisch nicht ausschließbaren Risiko zum jetzigen Zeitpunkt **die einzige Alternative**.

2. In unserem Land ist der Ausstieg nicht nur politisch vernünftig, sondern in kurzer Zeit machbar. Im Unterschied zu anderen Staaten, die keine eigenen oder nur unzureichende Roh- und Brennstoffen für die Energieerzeugung besitzen, verfügt die Bundesrepublik über Kohlevorkommen, die den einheimischen Energiebedarf über Jahrzehnte abdecken. Deshalb hat die DKP seit Mitte der 70er Jahre die **Kohlevor-rangpolitik**, die Orientierung der nationalen Energiewirtschaft auf die heimische Kohle, gefordert. Daß eine solche Politik gleichzeitig einen enormen beschäftigungspolitischen Effekt hat, verdeutlicht, daß und wie ökologische Erfordernisse und Ökonomie zu verbinden sind.

3. Die Kernenergieproblematik ist ein **globales Problem**. Sie stellt sich weltweit und ist untrennbar mit solchen Problemen verknüpft, von deren Lösung das Überleben der Menschheit abhängt. Wie die Völker der Dritten Welt ihren Energiemangel beseitigen können, entscheidet auch darüber, ob sie den Teufelskreis von neokolonialistischer Unterentwicklung, Verschuldung, Massenarmut und Hunger durchbrechen. Der Dortmunder Wirtschaftswissenschaftler Dr. Hermann Bömer beantwortete die Frage: »Ausstieg weltweit möglich?« in diesem Zusammenhang:

»Wenn sich die Menschheit heute und umgehend auf den Weg machen würde, all ihre produktiven Fähigkeiten für eine »sanfte« Lösung der Energie- und Umweltprobleme einzusetzen, und wenn es eine solche Gesellschaftsordnung in der Welt gäbe, daß auch die Völker der 3. Welt hier sofort mitmachen könnten, dann gäbe es... einen Weg ohne Kernenergie und bei weitgehender Schonung der Gas- und Ölvorkommen.«

ufgrund ihrer günstigen ökonomischen Ausgangslage trägt die Bundesrepublik eine besondere internationale Verantwortung für eine Entlastung der Weltenergiebilanz.

4. Radikale Energieeinsparung sowie Entwicklung und Nutzung alternativer Energiequellen sind der Schlüssel, um weltweit so schnell wie möglich auf Energieerzeugung durch Kernspaltung verzichten zu können. Dieses setzt über Länder- und Systemgrenzen hinweg eine umfassende Kooperation für die Entwicklung einer möglichst risikoarmen Energieversorgung voraus. Kooperation ist aber nur in einer Welt möglich, in der abgerüstet und auf Gewalt in den internationalen Beziehungen verzichtet wird.

... und EINSTIEG IN DIE ABRÜSTUNG: sofort und bedingungslos!

5. Die Friedensfrage bleibt der Knotenpunkt, in dem die Lösungen der globalen Probleme zusammenlaufen. Einstieg in die Abrüstung heißt 1987 vor allem: alle Kräfte und Anstrengungen bündeln, damit die jüngste Gorbatschow-Initiative, alle sowjetischen und amerikanischen **Mittelstreckenraketen** in Europa zu beseitigen, unverzüglich genutzt sowie ein weltweiter **Atomteststopp** durchgesetzt wird. Nur durch Abrüstungsschritte mit der Perspektive einer atomwaffenfreien Welt 2000 wird es möglich sein, die Rüstungen zu reduzieren, die heute einen Großteil der Produktions- und Forschungskapazitäten, der Finanzmittel, der Roh- und Brennstoffe binden.

Es geht um eine neue allgemeine Entwicklungsorientierung in der Ökonomie, um grundlegend zu verändernde Prioritäten bei der Ausgabenplanung. Abrüstung ist der entscheidende Ausweg aus der Sackgasse, in welche die Produktion von Rüstungsgütern geführt hat. Solange sie nicht durchgesetzt wird, sind die produktiven Fähigkeiten von hunderttausenden hochqualifizierten Arbeitern und Angestellten in einem Land wie der Bundesrepublik blockiert, sind Arbeitsplätze gefährdet, bleibt der gesamte Reproduktionsprozeß gestört.

NICHT NACHLASSEN HEISST DEN DRUCK VERSTÄRKEN!

Unmittelbar nach Tschernobyl hatten wir erklärt:

»Eine alternative Energiepolitik, die auf umweltfreundliche Steinkohlekraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung und eine dezentrale Kraftwerksstruktur orientiert, braucht zwei Eckpfeiler: einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan für die schrittweise Abschaltung der AKW's und die Umstellung der Stromerzeugung sowie eine demokratische Verstaatlichung der gesamten Energiewirtschaft. Die Durchsetzung einer solchen Politik setzt eine politische Massenstimmung und breite Mobilisierung in der Bevölkerung voraus. Gradmesser einer solchen Bewußtseinsbildung, die den Ausstieg aus dem laufenden Atomprogramm unumkehrbar machen könnte, sind: ein höheres Maß an Gemeinsamkeiten im Handeln zwischen den verschiedenen Kräften der Friedens-, der Ökologie- und der Gewerkschaftsbewegung; Aktionsformen, die bislang abseits stehende Bevölkerungsgruppen in den Protest einziehen und die Einheitlichkeit und Vielfalt der Anti-AKW-Kräfte sichtbar machen; die Ablösung der Bonner Rechtsregierung im Januar 1987.«

CDU/CSU/FDP stellen weiterhin in Bonn die Regierung. Mit dem Wahlergebnis vom 25. Januar und dem der Hessenwahl im Rücken, versuchen die Rechtsregierungen in Bonn und Wiesbaden, die SPD von ihrer positiv veränderten Beschlußlage in der Atomenergie wieder wegzudrücken, die GRÜNEN zu isolieren und die außerparlamentarische Bewegung in die Resignation zu treiben.

Die wichtigste Erfahrung der Hessenwahl: mehr denn je tut Not ein Höchstmaß an Gemeinsamkeiten aller Kräfte, die für einen Ausstieg aus der Atomenergie eintreten; auf gar keinen Fall dürfen unterschiedliche Vorstellungen über Zeitplan und Machbarkeit Gründe für Ausgrenzung oder Geringschätzung des jeweiligen Beitrags sein.

Eine weitere Erfahrung: zeitweilige Wahlmehrheiten sind die eine Seite, gegenläufige Meinungsmehrheiten in zentralen Fragen wie Ablehnung der atomaren Hochrüstung oder Ausstieg aus der AKW-Technologie die andere Seite. Wie in Wackersdorf, die Großdemonstrationen und Blockadeaktionen der Friedensbewegung, die Kampfbereitschaft und Solidarität der Gewerkschaften, nicht zuletzt die Ostermärsche zeigen, daß Stimmzettel und politischer Einfluß zwei verschiedene Dinge sein können.

Film- und Diskussionsveranstaltung:

Tschernobyl (sowjetischer Film)

Mi, 6. Mai, 20.00h

DKP-Zentrum, Am Mittelhafen 58.

anschl.: Diskussion mit sowjetischem Journalisten